



# BUNDESGERICHTSHOF

## BESCHLUSS

AnwZ (B) 82/08

vom  
6. Juli 2009  
in dem Verfahren  
gegen

Antragsteller und Beschwerdeführer,

gegen

Antragsgegnerin und Beschwerdegegnerin,

wegen Widerrufs der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft

Der Bundesgerichtshof, Senat für Anwaltssachen, hat durch den Vorsitzenden Richter Dr. Ganter, die Richter Dr. Ernemann, Dr. Schmidt-Räntsch, die Richterin Lohmann sowie die Rechtsanwälte Dr. Martini, Prof. Dr. Quaas und Dr. Braeuer

nach mündlicher Verhandlung am 6. Juli 2009 beschlossen:

Die sofortige Beschwerde des Antragstellers gegen den Beschluss des I. Senats des Anwaltsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 12. Juli 2008 wird zurückgewiesen.

Der Antragsteller hat die Kosten des Rechtsmittels zu tragen und der Antragsgegnerin die ihr im Beschwerdeverfahren entstandenen notwendigen außergerichtlichen Auslagen zu erstatten.

Der Geschäftswert des Beschwerdeverfahrens wird auf 50.000 € festgesetzt.

Gründe:

I.

- 1 Der Antragsteller wurde 1982 zur Rechtsanwaltschaft zugelassen. Die Antragsgegnerin widerrief mit Bescheid vom 5. März 2008 die Zulassung des Antragstellers gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 7 BRAO wegen Vermögensverfalls.

2 Den hiergegen gerichteten Antrag auf gerichtliche Entscheidung hat der  
Anwaltsgerichtshof zurückgewiesen. Gegen diese Entscheidung wendet sich  
der Antragsteller mit seiner sofortigen Beschwerde.

II.

3 Das Rechtsmittel ist zulässig (§ 42 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 4 BRAO), hat in der  
Sache aber keinen Erfolg. Die Zulassung des Antragstellers zur Rechtsanwalts-  
schaft ist mit Recht widerrufen worden.

4 1. Nach § 14 Abs. 2 Nr. 7 BRAO ist die Zulassung zur Rechtsanwalts-  
schaft zu widerrufen, wenn der Rechtsanwalt in Vermögensverfall geraten ist,  
es sei denn, dass dadurch die Interessen der Rechtsuchenden nicht gefährdet  
sind. Diese Voraussetzungen für den Widerruf waren bei Erlass der angegriffe-  
nen Verfügung erfüllt.

5 a) Ein Vermögensverfall liegt vor, wenn der Rechtsanwalt in ungeordne-  
te, schlechte finanzielle Verhältnisse geraten ist, die er in absehbarer Zeit nicht  
ordnen kann, und außerstande ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen.  
Dies wird nach § 14 Abs. 2 Nr. 7 BRAO vermutet, wenn ein Insolvenzverfahren  
über das Vermögen des Rechtsanwalts eröffnet ist. So verhält es sich hier;  
denn das Amtsgericht A. hatte mit Beschluss vom 13. November 2007 auf  
Antrag des Finanzamts S. die Eröffnung des Insolvenzverfah-  
rens über das Vermögen des Antragstellers angeordnet. Der Antragsteller hatte  
die Vermutung des Vermögensverfalls auch nicht widerlegt, wie die Antrags-  
gegnerin in ihrem Widerrufsbescheid im Einzelnen zutreffend ausgeführt hat.

6 b) Anhaltspunkte dafür, dass ungeachtet des Vermögensverfalls die Inte-  
ressen der Rechtsuchenden nicht gefährdet waren, lagen bei Erlass der Wider-  
rufsverfügung nicht vor. Der Vermögensverfall führt regelmäßig zu einer derar-

tigen Gefährdung, insbesondere im Hinblick auf den Umgang des Rechtsanwalts mit Mandantengeldern. Die Gefährdung der Interessen der Rechtsuchenden entfällt auch nicht bereits durch die Insolvenzeröffnung und die damit verbundene Verfügungsbeschränkung des Insolvenzschuldners (Senatsbeschluss vom 18. Oktober 2004 - AnwZ (B) 43/03, NJW 2005, 511, unter II 2 a).

7            2. Ein nachträglicher Wegfall des Widerrufsgrundes, der im gerichtlichen Verfahren zu berücksichtigen wäre (BGHZ 75, 356, 357; 84, 149, 150), kann nicht festgestellt werden.

8            Das Insolvenzverfahren dauert derzeit noch an. Auch für den Fall einer Aufhebung des Verfahrens zeichnet sich eine Konsolidierung der Vermögensverhältnisse des Antragstellers nicht ab. Einen Antrag auf Restschuldbefreiung hat er nicht gestellt. Seine Behauptung, dass nach Abschluss des Insolvenzverfahrens alle Forderungen beglichen sein werden, ist nicht belegt. Der Antragsteller ist in seinem Schriftsatz vom 15. Januar 2009 ersichtlich noch selbst von einem Forderungsstand in Höhe von 87.000 € ausgegangen. Einnahmen oder durchsetzbare Außenstände in entsprechender Höhe hat er nicht substantiiert dargelegt.

9            3. Es kann auch nicht festgestellt werden, dass die Interessen der Rechtsuchenden durch den Vermögensverfall ausnahmsweise nicht (mehr) gefährdet sind. Vielmehr deutet die Anschuldigungsschrift der Generalstaatsanwaltschaft

St. vom 6. August 2008, in der dem Antragsteller die verspätete Weiterleitung von Fremdgeld zur Last gelegt wird, eher darauf hin, dass eine derartige Gefährdung sich in der Vergangenheit bereits realisiert hat.

Ganter	Ernemann	Schmidt-Räntsch	Lohmann
	Martini	Quaas	Braeuer

Vorinstanz:

AGH Stuttgart, Entscheidung vom 12.07.2008 - AGH 18/08 (I) -